

Post aus Berlin

Newsletter der
AfD Landesgruppe Bayern
im Deutschen Bundestag



www.afdbayern.de

AfD



Target-Forderungen besichern und Gold zukaufen

(Fortsetzung der letzten Ausgabe) **Wie aber soll man Bankern helfen, die nicht in der Lage sind, ein Problem darin zu erkennen, wenn ein VERRECHNUNGS-System zu einer für Deutschland unbeherrschbaren, bald billionenschweren Kreditquelle für Ausländer mutiert? Target als risikofreie „Verrechnungs-Salden“ abzutun, kommt einer Ablehnung ordentlicher Bilanzbuchführung gleich! Und damit einer Leugnung der hinter den Salden liegenden ökonomischen Zusammenhänge!**

Die AfD-Fraktion hat im Bundestag bereits zweimal von der Bundesbank und von den Vertretern der deutschen Steuerzahler im Bundestag ein verantwortungsvolleres Verhalten verlangt. Doch beide Male wurden sehr seriös formulierte AfD-Anträge zur Besicherung von Target-2 und damit zum Schutz dieser fast 50% des Nettoauslandsvermögens der Deutschen abgelehnt! Die Debattenbeiträge der Altparteien waren dabei wahlweise von wenig Sachkenntnis geprägt, dem Stand der wissenschaftlichen Debatte hinterherhinkend, unverantwortlich-abweigelnd oder gar dreist die Zahlenentwicklung seit 2008 und damit die Target-Realität verleugnend. So war es z.B. KEIN Ausweis ökonomischer Verantwortung, als etwa der SPD-Abgeordnete Binding ernsthaft und trotzig sagte: „Forderungen sind erst dann ein Problem, wenn man sie fällig stellt“. Nun denn: Auch Plutonium in der Atombombe ist völlig harmlos, solange niemand auf den Zünder drückt. Dieses komplette Ausblenden von Risiko ist infantile Vogel-Strauß-Poli-

tik. Auch die SPD muss zehn Jahre nach der Welt-Finanzkrise, die durch gewaltige Kredite an schlechte Schuldner ausgelöst wurde, endlich einmal das Zerstörungspotenzial von faulen Krediten verstehen.

Und ja, Target-2 ist nur ein SYMPTOM: ein superteures Ventil zur Verlängerung der Lebenslüge des fehlkonstruierten Euro. Ohne den Euro müsste es keine steuerbesicherte Kreditvergabe ohne Fälligkeitsdatum, Tilgungspflicht und Verzinsung geben. Internationale Geldtransaktionen würden dann vom privaten Interbankenmarkt gegen Sicherheitsstellung und mit klarem Rückzahlungsdatum ausgeführt – wie das jahrzehntelang überall auch OHNE Target-System funktioniert hat! Target schaltet planwirtschaftlich die angemessenen Risikoprämien der Länder aus. Keine marktwirtschaftlich agierende Bank würde solche Kredite vergeben!

Dass die Deutsche Bundesbank den Euro-Südländern unbegrenzte Kreditlinien für die Ewigkeit einräumen MUSS, darüber hat niemals je ein Abgeordneter entschieden. Über eine solche „demokratisch nicht legitimierte, erzwungene Umverteilung“ per „goldener Kreditkarte“ MUSS aber im Bundestag entschieden werden. Das gehört eindeutig zur parlamentarischen Hoheit über Einnahmen und Ausgaben, welche unveräußerliches Souveränitätsrecht aller Parlamente ist! Die Zitate stammen übrigens vom „Wirtschaftsrat der CDU“! (Fortsetzung in der nächsten Ausgabe)

Peter Boehringer, MdB

Wahlkreis 232: Amberg

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Vorsitzender

Haushaltsausschuss

Ordentliches Mitglied

Haushaltsausschuss

Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union

Stellvertretendes Mitglied:

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

@ peter.boehringer@bundestag.de



[/Peter.BoehringerCom/](https://www.facebook.com/Peter.BoehringerCom/)



Peter Felser, MdB
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag
Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
Stellv. Mitglied
- Verteidigungsausschuss
- 1. Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses
(Beraterverträge)

Mitglied der Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“

✉ peter.felser@bundestag.de

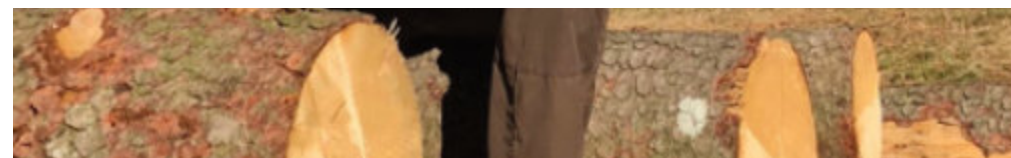
🐦 [@PeterFelser](https://twitter.com/PeterFelser)

📘 [/peterfelserafd](https://www.facebook.com/peterfelserafd)

🌐 www.peterfelser.de



Kein „Vogelschreddern“ mehr !



Im Juni habe ich mich in Anbetracht der Brisanz des aktuellen politischen Themas ganz dem Thema „Umwelt“ gewidmet.

Die AfD leugnet nicht den Klimawandel, sie zweifelt aber daran dass die Klimaveränderungen ausschließlich durch den Menschen verursacht werden.

Wir stellen die Betreibung von Windkraftanlagen außerhalb von echten Windeignungsgebieten stark in Frage. Zudem werden jährlich unzählige Greifvögel geschreddert und zerhackt, besonders betroffen ist da der Bussard, der Rotmilan und nicht zuletzt unsere wunderbaren Adler. Wir wünschen keine weitere Verbauung der Landschaft.

Ein weiteres großes Problem sehen wir im großflächigen Anbau von Mais als Monokultur. Es bleibt kein Raum für die zahl-

reichen Insekten, denen es auch durch den Anbau an Nahrungs – und Futterpflanzen fehlt, auch die Bemühungen zur Bereitstellung von Blühstreifen bleiben ausbaufähig.

Die Grüne Umweltpolitik steht hinter Elektro- Autos, für dessen Batterien in den südamerikanischen Anden unter fragwürdigen Bedingungen Lithium gewonnen wird. Zum Leidwesen für die einheimische Bevölkerung dort, die nun zunehmend kein Wasser mehr zum Selbsterhalt und für das eigene Vieh hat.

Man sieht bedrückende Tendenzen an allen Ecken und Enden, wir als AfD arbeiten an einem gesunden Umwelt – und Naturschutz!

Euer Peter Felser



Martin Hebner, MdB

Wahlkreis 226: Starnberg - Landsberg am Lech

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Petitionsausschuss
- Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union

Stellvertretendes Mitglied:

- Ausschuss für Arbeit und Soziales

@ martin.hebner@bundestag.de

f /HebnerMartin

Die Angst der Etablierten - oder die Einschränkung demokratischer Rechte im Namen der Demokratie

Im Europarat wurde uns vom zentralen Steuerungsgremium (sog. „Rules and Procedures“) die Gründung einer eigenen Fraktion untersagt. Konkret haben hier die Vorsitzenden der bestehenden Fraktionen, die dieses Gremium bilden, gegen die Zulassung unserer neuen Fraktion im Europarat gestimmt. Das ist genauso, als hätten Aldi und Lidl im Namen der Wettbewerbsfreiheit das Recht die Gründung einer neuen Einzelhandels-Kette zu untersagen. Das klingt unfassbar, ist aber so.

Das Vorgehen betrifft natürlich nicht nur uns, sondern auch die Kollegen aus Österreich, Italien, Tschechien, Estland und Bulgarien. Die Entscheidung wurde aber vor allem durch die deutschen Vertreter von Union und SPD mit gesteuert und getragen. Von deutschen Regierungs-Parteien also, deren konzertierte Aktion gegen die Bedrohung durch die AfD und „Rest-Konservative“ in der Union (sogenannt Werte-Union) aktuell ihren vorläufigen Höhepunkt findet.

Das von Herrn Tauber angestimmte, von den Medien getragene, vom deutschen Außen- und Innenminister verstärkte und von Frau Merkel auf dem evangelischen Kirchentag in ihrer Schauspiel-Rolle als ‚Heilige‘ dramaturgisch abgeschlossene Schauspiel, ken-

nen wir bereits vom Europarat.

Mitglieder der Unions-Fraktion, allen voran der Leiter der Delegation, haben keinerlei Probleme mit AKP-Vertretern. Ja der Delegations-Leiter der Union, Herr Dr. Nick tauscht sich laufend mit dem „lupenreinen Demokraten“, Herrn Kilic von der AKP aus – seines Zeichens Erdogans Statthalter der AKP im Europarat – aber er sieht in uns konservativen Europäer eine Bedrohung.

Unter diesem Vorzeichen gehen wir in die kommende Sitzungswoche Ende Juni in Straßburg. Und wir werden aus unserem Herzen keine Mördergrube machen – dieses Wort wird mir hoffentlich von Herrn Tauber nicht als Aufforderung umgedeutet werden.

Apropos Herr Kilic. Der hatte sich in meiner ersten Sitzungswoche formell beim Präsidenten des Europarats über mich beschwert, hatte ich doch seiner Argumentation, dass der Einmarsch der Türkei in das Kurdengebiet in West-Syrien mit dem Völkerrecht vereinbar und vom Gedanken der Humanität gegenüber der kurdischen Zivilbevölkerung getragen sei, nicht folgen können. Damals ist der Delegationsleiter der Union verstummt. Aber eine Entscheidung gegen uns sieht er als seine Aufgabe.



Rainer Kraft, MdB
Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Obmann

- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

✉ rainer.kraft@bundestag.de

f [/dr.rainer.kraft](https://www.facebook.com/dr.rainer.kraft)

t [@Dr Rainer Kraft](https://twitter.com/Dr_Rainer_Kraft)

www www.rainer-kraft-mdb.de

Herr Gremmels und die Kosten der nuklearen Lagerung

In einer der letzten Plenarsitzungen, am Donnerstag, den 04.06.2019, zeigte sich einmal mehr, wie unseriös unsere politischen Gegner oft mit Zahlen umgehen. Gegen 21:24 Uhr stellte der Abgeordnete der SPD, Timon Gremmels in der Debatte zu einem AfD Antrag (DS: 19/10626) die Behauptung auf, dass Schöne an den EEG Kosten auf der Stromrechnung sei ihre Transparenz gegenüber den Kosten der Kerntechnik die nirgends ausgewiesen seien und die in, uns unbekannten Höhen anfallen würden. Tatsächlich ist, seit 2016 mit dem ‚Gesetz zur Neuordnung der kerntechnischen Entsorgung‘ die Verantwortung nicht nur für die Endlagerung, sondern auch für die Zwischenlagerung und somit für alle Kosten exklusive des Rückbaus der kerntechnischen Anlagen auf den Bund übergegangen. Die Kraftwerksbetreiber haben dafür einen Fond mit insgesamt 24,1 Milliarden Euro gefüllt¹.

Ebenfalls sind uns die Posten im Bundeshaushalt bezüglich Zwischen- und Endlagerung bekannt, diese finden sich in Kapitel 1603 in Drucksache 19/3400. Der Fond finanziert dem Bundeshaushalt umlagefähige Kosten der Zwischen- und Endlagerung mit rund 765 Millionen Euro in 2019. Weiter Ausgaben und Investitionen im Bereich End- und Zwischenlagerung des Bundes in 2019 belaufen sich auf etwa 983 Millionen Euro. Rechnet man noch die Kosten des Bundesamtes für kerntechnische Entsorgungssicher-

heit (Haushaltskapitel 1615) von rund 33 Millionen Euro hinzu, haben wir in 2019 Kosten für den Bund von rund 1.781 Millionen Euro.

Das BMWi prognostiziert als Gesamtumlage des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in 2019, 33.157 Millionen Euro, die von den Verbrauchern über die Stromrechnungen und umgelegt über den Konsum zu tragen sind². Dies entspricht mehr als dem 18-fachen der im Bundeshaushalt 2018 veranschlagten Kosten für Zwischen- und Endlagerung.

Bleiben schlußendlich noch die Rückbaukosten, die bei den Betreibern liegen (sich aber über den Strompreis der Konsumenten amortisieren). Pro Kernkraftwerk rechnet man mit ca. 1 Milliarde Euro, das ergibt bei noch 7 Blöcken 7 Milliarden Euro. Pro Windenergieanlage rechnet man mit ca. 0,5 Millionen Euro an Rückbaukosten. Bei aktuell ca. 30.000 WEA in Deutschland ergibt das in der Summe Rückbaukosten von ca. 15 Milliarden Euro, also mehr als doppelt so viel, wie die der bestehenden KKW.

Nehmen wir zu Gunsten des Herrn Gremmels an, dass er es einfach nicht besser wusste. Ungewöhnlich wäre das nicht.

Quellenangaben:

1) <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Energie/kernenergie-stilllegung-rueckbau-kernkraftwerke.html>

2) <https://www.erneuerbare-energien.de/EE/Redaktion/DE/Downloads/eeg-in-zahlen-pdf.pdf%3Fblob%3DpublicationFile>



Hans-Jörg Müller, MdB
Parlament. Geschäftsführer

Wahlkreis 225: Traunstein

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ordentliches Mitglied
- Ausschuss für Wirtschaft und Energie

✉ hansjoerg.mueller@bundestag.de

f [/MdB.Mueller](https://www.facebook.com/MdB.Mueller)

2. Geopolitische Podiumsdiskussion in Kolbermoor



Am Samstag, 01. Juni 2019 konnte Hansjörg Müller, MdB, nach 2018 zur 2. Geopolitischen Podiumsdiskussion „Konferenz 2019“ interessante Gesprächspartner auf dem Podium sowie zahlreiche Gäste und Interessierte in Kolbermoor begrüßen.

den Gefahren, welche in der Luft liegen und unabsehbare, gefährliche Konflikte heraufbeschwören können. Der Zivilisationsbruch von Versailles ist leider immer noch gegenwärtig.

Die Veranstaltung mit dem Thema: „1919 – 1999 – 2019 – Friede in Freiheit für die Heimat unserer Völker“ lieferte einen Überblick über die Geschehnisse, welche vom Versailler Vertrag 1919 bis in die heutige Zeit führten und die Fehler, welche dort begangen wurden und somit in der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges endeten, über die Geschehnisse des Jahres 1999, in welchem ausgerechnet durch eine rot-grüne Regierung und einen grünen Außenminister, Joschka Fischer, unter Beteiligung der Bundeswehr ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg der NATO gegen Serbien geführt wurde, hin zur aktuellen politischen Weltlage und

Teilnehmer waren, neben dem Einladenden MdB Hansjörg Müller, Willy Wimmer, Staatssekretär des Bundesministers der Verteidigung a.D. und Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE a.D., Prof. Dr. Alexander Sosnowski, Chefredakteur der Russischen Akademie für Naturwissenschaften REAM, Prof. Dr. Slobodan Samardzic, Professor für Politische Wissenschaft der Universität Belgrad und Jochen Scholz, Oberstleutnant a.D., sechs Jahre im Verteidigungsministerium tätig und Insider der Lageberichte im Balkankrieg 1999. Durch das Programm führte Axel Zamzow.

Link zum Video [hier](#)



Tobias Peterka, MdB
stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Stellv. Vorsitzender
 - Unterausschuss Europarecht
- Ordentliches Mitglied
 - Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
 - Mitglied im Fraktions-Arbeitskreis Wahlrechtsreform

✉ tobias.peterka@bundestag.de

🐦 [@tobiasmpeterka](https://twitter.com/@tobiasmpeterka)

📘 [/tobiaspeterka](https://www.facebook.com/tobiaspeterka)



Dass die Bundesregierung ihr Paket mit Migrationsgesetzen völlig übereilt in den Bundestag einbrachte, ist bekannt. Auch der Rechtsausschuss bekam die finalen Versionen (wie so oft) kurz vor knapp auf den Tisch. Panische Reaktion auf bröckelnde Mehrheitsverhältnisse? Sicherlich. Steckt in den Gesetzen irgendwo Einsicht in Fehler? Viel zu wenig.

Gleich vorweg: Die Verquickung mit dem „Spurwechsel“, also dem Wechsel von Asylverfahren zu dem „spontanen“ Wunsch, nun einwandern zu wollen, mit anderen Gesetzen ist unsäglich. Jedem leuchtet ein, dass damit jede Kontrolle endgültig zur Farce wird. Sollte ein Asylbewerber wirklich einmal den „Jackpot“ gezogen haben und sich in Abschiebehaft befinden – wozu er quasi aktiv Angebote von NGOs und sonstigen Helfern abgelehnt haben müsste – dann kann er es sich noch einmal überlegen und zum Einwanderer werden. War ja nicht so gemeint, man kann bei dem deutschen Asylrecht auch wirklich einmal durcheinanderkommen. Jetzt ist es jedoch vollends ein Alles-Geht-Recht.

Natürlich sind Aspekte wie Wohnsitzzwang, mehr Sachleistungen, Abschiebehaft auch in JVA's und vor allem Strafbarkeit für Abschiebeverhinderer zu begrüßen. Das machte eine Abstimmung auch so perfide. Dass nun die Grünen, welche vor Kraft kaum laufen können, dies als „unmenschlich“ und „verbohrte Ordnung“ angreifen, war zu erwarten. Auf die Aufforderung, dann zu bekennen, dass man gar keine Abschiebung oder Kontrolle wolle, wurde jedoch herumgedrückt. Irgendwie schon, mit Wattebausch und unter dem Mikroskop wohl. Man möchte die tragende Wählerschaft der Bürgerlichen (und da sind die Grünen leider im Sattel) nicht zu sehr verschrecken. Symbol-Klima-Heldentum ist schon schwer genug aufrechtzuerhalten. Die Linken sind da ehrlicher: alles rein, kann nur besser werden.

Was die Grünen bei deutschen Bürgern lieben, Verbote und Gängelung, das soll bei der Aufrechterhaltung der eigentlichen staatlichen Ordnung im Giftschränk verschwinden. Leider erkennen diese Schizophrenie noch viel zu wenige Wähler.

Unsere Aufgabe: Grüne Blase zum Platzen bringen



Stephan Protschka, MdB

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Stellvertretender Sprecher „Gruppe Heimatvertriebene, Aussiedler und Deutsche Minderheiten“
- Mitglied des Sudetendeutschen Rates

@ Protschka.stephan@bundestag.de

f /protschka.stephan

www.stephan-protschka.de

Eines müssen wir zugeben. Der Mainstream hat es klug geschafft, von der dringenden Debatte der Einwanderung und der Eurofrage abzulenken und den Deutschen an seiner Urangst zu packen: Der Untergang der Welt. Mit klugen Aktionen im sogenannten vopolitischen Raum spülte man die Klimadebatte mitten ins Herz der Bürger. Wozu waren denn sonst die kleinen Geschöpfe mit großen Kulleraugen von Fridays For Future notwendig, die Schilder in die Luft hielten „Ihr klaut uns unsere Zukunft“? Der einzige Trost bei aufgebauchten Emotionen: Sie flachen schnell wieder ab, sobald die schnöde, langweilige aber harte Realität ihnen jede Illusion nimmt.

Die Landwirtschaft kann jedenfalls heuer nicht über einen Dürresommer klagen, der anfangs als Schreckgespenst an die Wand gemalt wurde.

Während die Grünen uns eine zölibatäre Enthaltensamkeit predigen, um möglichst viel CO2 einzusparen, sind die Grünen vor allem sparsam, wenn es um Fakten geht. Auf meinem YouTube-Kanal informiere ich Sie über meine Arbeit und habe ein Video ([hier](#)) veröffentlicht, welches sich mit Fakten beschäftigt, die den Grünen gar nicht schmecken. Hier vorab einige Fakten:

1. Regenerative schützen nicht die Umwelt!

Windräder sind nicht nur für den starken Insektenschwund verantwortlich (mehr [hier](#)), sondern auch für die Rodung jahrhundertalter Wälder und die Versiegelung wertvoller Agrarfläche.

2. Bioprodukte sind nicht unbedingt umweltfreundlich!

Bio-Anbau benötigt bis zu 40% mehr Agrarfläche. Somit wächst mit mehr Bio-Anbau der Bedarf an zusätzlichen Agrarflächen, der meist in Südamerika gedeckt wird. Dafür werden wertvolle Urwälder gerodet, die grüne Lunge wird weiter zerstört.

3. Fleischverzicht rettet nicht die Welt

Fleischproduktion und Agrarproduktion hängen stark voneinander ab. Das CO2, das die Tiere ausstoßen, wurde vorher von Pflanzen gebunden. Andererseits benötigt die Agrarwirtschaft den Dung der Tiere. Effektivere Düngemittel sind nicht vorhanden.

Für weitere Information besuchen Sie meinen Kanal. Im Bundestag werden wir beharrlich die Lügengebäude der Grünen entlarven und gleichzeitig unsere Lösungen präsentieren. Bleiben Sie dran.

Bahn in Deutschland:

Nutzen für die Bürger bringen!

Viel zu oft ist die Eisenbahn Objekt politischer Interessensspiele. Richtig wäre etwas anderes: den Nutzen der Bahn für Bürger und Wirtschaft zu erhöhen!

Hautnah erleben kann jeder Bürger den Nutzen gelungener Bahnprojekte wie der Schnellstrecke, die München und Berlin mit vier Stunden Fahrzeit verbindet. Jeder kennt aber auch die Schattenseiten mit Verspätungen und Zugausfällen.

Personalmangel, Geldmangel und zum Teil veraltete Technik plagen die Deutsche Bahn und ihre Nutzer. Das Staatsunternehmen ist schon wieder mit rund 25 Mrd. Euro verschuldet, hat aber gleichzeitig umfangreiche Firmengeflechte im Ausland. Immerhin: hier stehen jetzt Verkäufe an. Kaum durchschaubare Finanzierungswege, eine zersplitterte Unternehmensstruktur, Politiker im Aufsichtsrat und Druck von Gewerkschaften machen die Arbeit nicht leichter, und jetzt kommen auch noch die Ideologen: vor allem grüne Phantasten wollen die Bahn zum Packesel einer linken „Verkehrswende“ machen, die hauptsächlich eines will: das Autofahren immer weiter erschweren!

Dabei hat die Bahn große Stärken – wenn es um große Transportmengen, weite Strecken und hohe Geschwindigkeiten geht: z.B. Pendlerverkehre in Großstädten, schnelle Städteverbindungen, Bahnverladung von Transit-Lkw-Verkehr.

Damit die Bahn gerne genutzt wird, muss sie besser werden. Engpässe müssen verschwinden, mehr moderne Züge beschafft werden, das Signalsystem ins digitale Zeitalter kommen, 100 Jahre alte Stellwerkstechnik ersetzt werden. Dafür ist Geld nötig, aber nicht auf Kosten des Fernstraßenbaus, wie es die Grünen immer wollen!

Die Bahn wird den Straßenverkehr nie flächendeckend ersetzen, sondern immer nur ergänzen. Die AfD stellt sich allen Ideologen entgegen, die hier anderes behaupten. Denn auch in Zukunft muss es den Wettbewerb der Verkehrsträger geben: Straße, Schiene, Luftfahrt, Schifffahrt. Nur dann können Bürger und Unternehmen nach ihrem Nutzen entscheiden, wie sie fahren und transportieren, und nur das ist Freiheit! Haben Sie Fragen, Kritik, weitergehende Gedanken? Bitte schreiben Sie mir!



Wolfgang Wiehle, MdB

Wolfgang Wiehle, AfD

Wahlkreis 219 München-Süd

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Petitionsausschuss
- Schriftführer
- 2. Sprecher im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

 wolfgang.wiehle@bundestag.de

 [/W.wiehle](https://www.facebook.com/W.wiehle)

 www.wolfgang-wiehle.de



Martin Sichert, MdB

Wahlkreis 244: Nürnberg-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag
Ordentliches Mitglied:

- Ausschuss für Arbeit und Soziales

@ martin.sichert@bundestag.de

f /sichertmartin

Feiern = Arbeiten: Das fragwürdige Arbeitsverständnis von Bundestagsabgeordneten

Im deutschen Bundestag sitzen 709 gewählte Abgeordnete und beziehen üppige Diäten, dazu kommen zahllose Einladungen zu Feiern und Abendveranstaltungen mit Vollverpflegung!

Dabei sind Abgeordnete gewählt, um das Volk zu vertreten und nicht, um sich auf Lobbyveranstaltungen und Feiern zu verlustieren. Wer sich immer auf solchen Feiern herumtreibt, lebt irgendwann in einer Parallelgesellschaft und verliert den Kontakt zu den normalen Bürgern, deren Interessen er eigentlich vertreten sollte.

Wie wenig ernst die Abgeordneten der anderen Fraktionen ihren Job nehmen, zeigte sich einmal mehr in der ersten Sitzungswoche im Juni: Am Donnerstagabend fanden sich gerade einmal fünf Dutzend Abgeordnete im Plenarsaal zur Besprechung und Abstimmung von Gesetzesentwürfen ein – ein Großteil der Abgeordneten vergnügte sich währenddessen auf einem Fest der Parlamentarischen Gesellschaft. Ein exklusiver Eliteclub für Abgeordnete, in dem man in der Nähe des Reichstags unter sich feiern kann. Zur Beschlussfähigkeit müssen allerdings laut Geschäftsordnung mindestens die Hälfte der Abgeordneten – also 355 – anwesend sein.

Die AfD intervenierte: Klarer Fall von feh-

lender Beschlussfähigkeit, sollte man denken. Doch weit gefehlt! Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP) begründete die Beschlussfähigkeit damit, dass mehrere Hundert Abgeordnete um die Ecke beim Feiern sind.

Ein Arbeitsverständnis, von dem wohl viele Angestellte träumen dürften: Wer während der Arbeitszeit in der Nähe vom Arbeitsplatz im Biergarten ein kühles Maß genießt, arbeitet also gewissermaßen auch. Derartige „Arbeitsleistungen“ bekommen aber wohl nur Abgeordnete bezahlt. Kein Wunder, dass bei einem solchen Arbeitskonzept die Produktivität der Bundesregierung dermaßen gering und inhaltlich mangelhaft ist – wer selbst nicht arbeitet, kann schließlich auch nicht für die Arbeiterschaft sprechen!

Ganz zu schweigen, dass mit dieser Praxis der Sinn von Volksvertretern und Demokratie ad absurdum geführt wird: Mit dem Verweis auf die praktisch abwesenden, aber theoretisch sich in der Nähe verlustierenden Kollegen erklärte Kubicki den Bundestag für beschlussfähig – mit dem Ergebnis, dass wichtige Gesetzesentscheidungen von ein paar Duzend Abgeordneten durchgewunken wurden. Da die beiden Schriftführer der Altparteien Kubickis Auffassung teilten, war kein Hammelsprung möglich.

**Gefällt Ihnen unser
Newsletter?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:
landesgruppe@afdbayern.de



**Politik für Deutschland
AfD Bayern im Bundestag**